



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Martina Fehlner** und Fraktion (SPD)

Bildungspflicht des Staates endlich nachkommen – allen Asylbewerbern und Flüchtlingen im Berufsschulalter ein Bildungsangebot machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, allen jugendlichen Flüchtlingen im Rahmen ihrer Berufsschulpflicht mindestens bis zum 21. Lebensjahr ein geeignetes Bildungsangebot zu machen und ein Konzept vorzulegen, welche personellen, räumlichen und inhaltlichen Ressourcen dafür notwendig sind.

Begründung:

Von den jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren, die in den letzten Monaten als Flüchtlinge nach Bayern gekommen sind, bekommen lediglich knapp die Hälfte vom Freistaat Bayern ein Bildungsangebot, weil die personellen und räumlichen Ressourcen an den Berufsschulen bereits jetzt völlig ausgeschöpft sind. Es ist deshalb dringend erforderlich, ein Konzept vorzulegen, wie allen jungen Flüchtlingen, nicht nur denjenigen, die Chancen auf eine berufliche Ausbildung aufgrund ihrer bisherigen Schulerfahrung bzw. beruflichen Erfahrung haben, ein geeignetes Bildungsangebot gemacht werden kann. Vor allem ist ein geeignetes Verfahren zu entwickeln, welche Kursangebote für die jeweiligen Flüchtlinge sinnvoll sind und an welchem Ort und mit welchem pädagogischen Personal diese Kurse durchzuführen sind. Im Rahmen der Berufsschulpflicht ist ausschließlich der Freistaat zuständig. Die inhaltliche Gestaltung dieser Kursangebote soll in enger Abstimmung mit den Kammern und den Bildungsträgern vor Ort erfolgen.